

Sächsisches Amtsblatt

Amtlicher Anzeiger Nr. 39/2021

30. September 2021

Inhaltsverzeichnis

Sonstige Körperschaften, Anstalten und Stiftungen

Bekanntmachung des Planungsverbandes Region
Chemnitz über die 30. Sitzung der Verbandsver-
sammlung vom 10. September 2021 A 562

Bekanntmachung des Regionalen Planungsver-
bands Leipzig-West Sachsen zur Durchführung der
5. Sitzung der Verbandsversammlung in der VII. Le-
gislaturperiode (öffentliche Sitzung) vom 15. Sep-
tember 2021 A 563

Bekanntmachung des Zweckverbandes „Gasver-
sorgung in Südsachsen“ über die öffentliche Aus-
legung des Entwurfs der Haushaltssatzung für das
Haushaltsjahr 2022 vom 16. September 2021 A 564

Bekanntmachung des Abwasserzweckverbandes
für die Reinhaltung der Parthe Feststellung des
Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2020 vom
15. September 2021 A 565

Bekanntmachung des Zweckverbandes Abfallwirt-
schaft Südwestsachsen (ZAS) über die Sitzung der
Verbandsversammlung vom 17. September 2021 ... A 568

Gerichte

Aufgebotsverfahren..... A 569

Stellenausschreibungen

Sonstige Körperschaften, Anstalten und Stiftungen

Bekanntmachung des Planungsverbandes Region Chemnitz über die 30. Sitzung der Verbandsversammlung

Vom 10. September 2021

Die 30. Sitzung der Verbandsversammlung findet am Mittwoch, den 6. Oktober 2021, um 9:00 Uhr, im Stadion Gellertstraße, Businessbereich 1. Obergeschoss, Gellertstraße 25, 09130 Chemnitz, statt.

Die Sitzung ist öffentlich.

Tagesordnung:

1. Begrüßung, Feststellung der Anwesenheit, der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
2. Feststellung der Niederschrift der 29. Sitzung der Verbandsversammlung am 1. Juli 2021 in Plauen
3. Bekanntgabe des Beschlusses Nummer 06/2021 (Eilbeschluss)
4. Beratung und Beschluss der Feststellung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2019
5. Beratung und Beschluss der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes 2022
6. Information zu den Sachständen
 - Regionalplan Region Chemnitz, öffentliche Auslegung
 - Sachlicher Teilregionalplan Wind; Regionales Windenergiekonzept, Unterrichtung der berührten öffentlichen Stellen und der Öffentlichkeit

7. Informationen zur Regionalentwicklung

7.1 Beratung des Entwurfs der Stellungnahme zum Neuerlass der Fachförderrichtlinie Regionalentwicklung (FR-Regio)

7.2 weitere Informationen zur Regionalentwicklung

8. Informationen, Bekanntgaben, Anfragen, Sonstiges

Angesichts der derzeitigen Corona-Pandemiesituation sind weiterhin angemessene Hygieneregeln zur Gewährleistung einer ordnungsgemäßen Sitzungsdurchführung notwendig. Diese umfassen insbesondere das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes, die Erfassung der Kontaktdaten aller Sitzungsteilnehmer im Einklang mit den datenschutzrechtlichen Bestimmungen zur Sicherung von Nachverfolgungsmöglichkeiten bei Corona-Verdachtsfällen, die Gewährleistung ausreichender Abstände zwischen den Sitzungsteilnehmern im Tagungsraum sowie die Begrenzung der Kapazität für die Öffentlichkeit auf 50 Plätze.

Weitere Informationen sind auf der Homepage des Planungsverbandes Region Chemnitz (www.pv-rc.de) eingestellt. Für den Fall, dass sich im Vorfeld der Sitzung coronabedingt noch aktuelle Informationen ergeben, werden diese an gleicher Stelle bekanntgegeben.

Zwickau, den 10. September 2021

Planungsverband Region Chemnitz
Rolf Keil
Landrat, Verbandsvorsitzender

Bekanntmachung des Regionalen Planungsverbands Leipzig-West-sachsen zur Durchführung der 5. Sitzung der Verbandsversammlung in der VII. Legislaturperiode (öffentliche Sitzung)

Vom 15. September 2021

Die 5. Sitzung der Verbandsversammlung des Regionalen Planungsverbands Leipzig-West-sachsen in der VII. Legislaturperiode findet am

Freitag, dem 8. Oktober 2021, 13.00 Uhr,
in der Mehrzweckhalle Dreiskau-Muckern,
Rittergutshof 6, 04463 Großpösna,

statt.

Für die Sitzung wird nachfolgende Tagesordnung vorgeschlagen:

1. Begrüßung, Feststellung der Anwesenheit, ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit, Feststellung der Tagesordnung, Protokollkontrolle
2. Regionalplan Leipzig-West-sachsen
- 2.1 Genehmigungsbescheid zum Regionalplan vom 2. August 2021 – Informationen durch Verbandsvorsitzenden und Verbandsverwaltung, Beratung und Beschlussfassung
- 2.2 Das Energie- und Klimaprogramm 2021 – Analyse und Ableitung erster Schlussfolgerungen zum Handlungsbedarf für die Planungsregion Leipzig-West-sachsen – Informationen durch die Verbandsverwaltung und Austausch zur Thematik
3. Braunkohlenplanung und Strukturwandel
- 3.1 Gesamtfortschreibung Braunkohlenplan Tagebau Vereinigtes Schleenhain – Informationen der Verbandsverwaltung
- 3.2 Strukturwandel und Ausstieg aus der Braunkohlenverstromung – Informationen von Verbandsvorsitzendem und Verbandsverwaltung zum Sachstand
4. Verbandsangelegenheiten – Informationen der Verbandsverwaltung zu Haushaltsangelegenheiten (Sach-

stand Rechnungsprüfung 2020 und Vorbereitung Haushaltssatzung/Haushaltsplan 2022)

5. Verschiedenes (Aufzählung nicht abschließend)
 - Laufende Zielabweichungsverfahren – Informationen der Verbandsverwaltung
 - Fachförderprogramm FR-Regio – Informationen der Verbandsverwaltung
 - Regionalplanertagung Sachsen 2021 – erstes Feedback der Verbandsverwaltung
 - Raumordnungskommission Halle-Leipzig – Vorschau auf Sitzung 2021
 - Bündelungsgremium Braunkohlenbergbau und Gebietswasserhaushalt – Informationen
 - Forschungsprojekte StadtLandNavi und Interko2 – Informationen der Verbandsverwaltung zu den Sachständen

Ich bitte um Beachtung, dass die Pandemiesituation weiterhin angemessene Hygieneregeln zur Gewährleistung einer ordnungsgemäßen Sitzungsdurchführung erfordert. Diese umfassen insbesondere die Erfassung der Kontaktdaten aller Sitzungsteilnehmer im Einklang mit den datenschutzrechtlichen Bestimmungen zur Sicherung von Nachverfolgungsmöglichkeiten bei Corona-Verdachtsfällen, die Gewährleistung ausreichender Abstände zwischen den Sitzungsteilnehmern im Tagungsraum, die Begrenzung der Kapazität für Öffentlichkeit und Medien auf 20 Plätze, die Beschränkung des Caterings auf Getränke und eine Mundschutzpflicht im Objekt außerhalb des Tagungsraums.

Für den Fall, dass sich zu den Sitzungen coronabedingt noch aktuelle Informationen ergeben, stellen wir diese auf unserer Homepage ein (www.rpv-west-sachsen.de).

Leipzig, den 15. September 2021

Regionaler Planungsverband Leipzig-West-sachsen
Henry Graichen
Verbandsvorsitzender

**Bekanntmachung
des Zweckverbandes „Gasversorgung in Südsachsen“
über die öffentliche Auslegung des Entwurfs
der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2022**

Vom 16. September 2021

Aufgrund von § 76 Absatz 1 der Sächsischen Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 16. Dezember 2020 (SächsGVBl. S. 722) geändert worden ist, in Verbindung mit § 58 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270) wird der Entwurf der Haushaltssatzung für das

Haushaltsjahr 2022 des Zweckverbandes „Gasversorgung in Südsachsen“ in der Zeit

vom 4. Oktober bis einschließlich 15. Oktober 2021

öffentlich in der Geschäftsstelle des Zweckverbandes, Rathausplatz 1, Zimmer F114 in 09212 Limbach-Oberfrohna zu den üblichen Dienstzeiten ausgelegt.

Einwohner und Abgabepflichtige haben für die Dauer von 14 Arbeitstagen die Möglichkeit, Einwendungen gegen den Entwurf zu erheben. Diese Frist beginnt mit dem ersten Tag, an dem der Entwurf öffentlich ausliegt.

Chemnitz, den 16. September 2021

Zweckverband „Gasversorgung in Südsachsen“
Dr. Antonow
1. Stellvertreter des Verbandsvorsitzenden

Bekanntmachung des Abwasserzweckverbandes für die Reinhaltung der Parthe Feststellung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2020

Vom 15. September 2021

I.

Zur Feststellung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2020 hat die Verbandsversammlung in ihrer Sitzung am 13. September 2021 folgenden Beschluss (Beschluss Nr. 2020/09/07) gefasst:

Die Verbandsversammlung des AZV Parthe stellt den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2020 wie folgt fest:

1. Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2020

	Euro
1.1 Bilanzsumme	147.046.091,82
1.1.1 davon entfallen auf der Aktivseite auf	
– das Anlagevermögen	138.638.901,88
– das Umlaufvermögen	8.225.191,23
– Rechnungsabgrenzungsposten	181.998,71
1.1.2 davon entfallen auf der Passivseite auf	
– das Eigenkapital	15.064.699,32
– Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	41.041.725,38
– empfangene Ertragszuschüsse	18.409.065,10
– Rückstellungen	1.791.400,79
– Verbindlichkeiten	70.371.804,14
– Rechnungsabgrenzungsposten	367.397,09
1.2 Jahresergebnis	1.841.973,38
1.2.1 Summe der Erträge	11.075.689,20
1.2.2 (–) Summe der Aufwendungen	9.232.346,33
1.2.3 (–) Sonstige Steuern	1.369,49

Weiterhin beschließt die Verbandsversammlung über die Behandlung des Jahresergebnisses 2020 gemäß § 34 Abs. 1 SächsEigBVO:

2. Das Jahresergebnis wird wie folgt verwendet:

Der Jahresüberschuss des Wirtschaftsjahres 2020 in Höhe von 1.841.973,38 € wird dem Eigenkapital zugeführt.

II.

Wiedergabe des Bestätigungsvermerkes des Abschlussprüfers:

„BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An den Abwasserzweckverband (AZV) für die Reinhaltung der Parthe

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss des Abwasserzweckverbandes (AZV) für die Reinhaltung der Parthe – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2020 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2020 sowie dem Anhang, einschließ-

lich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht des Abwasserzweckverbandes (AZV) für die Reinhaltung der Parthe für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2020 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Zweckverbandes zum 31. Dezember 2020 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2020 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Zweckverbandes. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und der für die Überwachung Verantwortlichen für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Zweckverbandes vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für

die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Zweckverbandes zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Zweckverbandes vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Die für die Überwachung Verantwortlichen sind verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Zweckverbandes zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Zweckverbandes vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme des Zweckverbandes abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Zweckverbandes zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Zweckverband seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrundeliegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Zweckverbandes vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Zweckverbandes.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus

diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrundeliegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Leipzig, den 30. Juli 2021

RÖBER HESS PIMME GMBH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
gez. Pimme
(Uwe Pimme)
Wirtschaftsprüfer“

III.

Abschließender Vermerk des Rechnungshofes:

Der Sächsische Landtag hat am 13.05.2009 das Gesetz zur Änderung des EigBG vom 26.06.2009 veröffentlicht. Im Sächsischen Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 9/2009 vom

10.07.2009, beschlossen und darin u. a. die Zuständigkeit für die Prüfung der Jahresabschlüsse und Lageberichte durch das Sächsische Eigenbetriebsgesetz geändert. Das Gesetz trat am 11.07.2009 in Kraft.

Gemäß Art. 2 Nr. 4 Änderungsgesetz wurde der bisherige § 110 SächsGemO ersatzlos gestrichen; er gründete bislang u. a. die Zuständigkeit des Sächsischen Rechnungshofes für die überörtliche Prüfung der Jahresabschlüsse und Lageberichte der Eigenbetriebe. Somit werden durch den Sächsischen Rechnungshof ab 11.07.2009 keine abschließenden Vermerke mehr erteilt.

Für die Kommunen und Zweckverbände entfällt ab 11.07.2009 die Pflicht zur Übersendung der Berichte für die Prüfung der Jahresabschlüsse und Lageberichte an den Sächsischen Rechnungshof.

IV.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2020 liegen in der Zeit vom 4. Oktober bis 12. Oktober 2021 beim Abwasserzweckverband für die Reinhaltung der Parthe im Sekretariat der Geschäftsführung, Am Klärwerk, 04451 Borsdorf während der üblichen Geschäfts- und Öffnungszeiten öffentlich aus. Auf diese Auslegung wird hiermit hingewiesen.

Borsdorf, den 15. September 2021

Abwasserzweckverband für die Reinhaltung der Parthe
Dr. Gabriela Lantzsch
Verbandsvorsitzende

Bekanntmachung des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Südwestsachsen (ZAS) über die Sitzung der Verbandsversammlung

Vom 17. September 2021

Gemäß § 23 der Verbandssatzung des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Südwestsachsen wird bekannt gegeben:

Am Donnerstag, den 7. Oktober 2021 findet um 16:00 Uhr in der Geschäftsstelle der Verbandsverwaltung des ZAS, Schlachthofstraße 12 in 09366 Stollberg, Haus 3 eine Sitzung der Verbandsversammlung statt.

Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte stehen zur Beratung:

I. Öffentlicher Teil

- I.1** Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit, Protokollkontrolle

- I.2** Feststellung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2020 und Entlastung der Geschäftsleitung
I.3 Erste Lesung zum Entwurf des Wirtschaftsplanes 2022
I.4 Beschluss zur Neufassung der Benutzungssatzung für die Abfallentsorgungsanlagen (Müllumladestationen – MUSTen) des ZAS – Benutzungssatzung
I.5 Beschluss zur Neufassung der Gebührensatzung für die Abfallentsorgungsanlagen (Müllumladestationen – MUSTen) des ZAS – Gebührensatzung MUSTen
I.6 Entwurf zur Änderung der Verbandssatzung
I.7 Allgemeines und weitere Informationen.

Stollberg, den 17. September 2021

Zweckverband Abfallwirtschaft Südwestsachsen (ZAS)
Dr. C. Scheurer
Verbandsvorsitzender

Gerichte

Aufgebotsverfahren

Amtsgericht Chemnitz
Aktenzeichen: 1 UR II 20/21

In dem Aufgebotsverfahren zur Kraftloserklärung des abhandengekommenen oder vernichteten Sparbuches Nummer DE94 8709 6214 3008 0205 06, ausgestellt von der Volksbank Chemnitz eG, Innere Klosterstraße 15 in 09111 Chemnitz auf den Namen Johannes Roy Buschmann, wohnhaft Am Stadtpark 7, 09468 Geyer, wird der Ausschließungs-

beschluss vom 13. September 2021 öffentlich zugestellt. Der Beschluss kann in der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Chemnitz im Zimmer 2.121 eingesehen werden. Mit dieser öffentlichen Zustellung können Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können.

Chemnitz, den 13. September 2021

Amtsgericht Chemnitz
Fischer
Rechtspflegerin

Stellenausschreibungen

Die Landeshauptstadt Dresden ist eine von hoher Lebensqualität, sozialer und kultureller Vielfalt geprägte Großstadt. Ihr Reichtum ist vielfältig: Barocke Baudenkmale und überwältigende Kunstschatze treffen auf eine pulsierende Wissenschaft und Forschung. Die Weite der Elbwiesen, ihre Schlösser und Weinberge beeindrucken zahlreiche Gäste aus dem In- und Ausland. In Dresden, als wachsende Großstadt mit circa 560 000 Einwohnern, lässt es sich nicht nur hervorragend leben und wohnen, sondern auch arbeiten.

Als Arbeitgeberin bietet die Landeshauptstadt Dresden ein breites Spektrum unterschiedlicher Einsatzmöglichkeiten und persönlicher Entfaltung. Die Aufgaben sind vielfältig, jeden Tag gilt es, an der Gestaltung der Stadt und ihrer zahlreichen bürgerschaftlichen Anliegen mitzuwirken.

Die Gleichbehandlung aller sich bewerbenden Personen ist uns nicht nur gesetzlicher Auftrag, sondern eine Selbstverständlichkeit.

Im **Amt für Gesundheit und Prävention der Landeshauptstadt Dresden** sind in den Sachgebieten Infektionsschutz sowie Hygiene in medizinischen Einrichtungen die Stellen

Fachkraft für Hygieneüberwachung

(m/w/d)

Chiffre: 53210901

ab 1. Januar 2022 unbefristet zu besetzen.

Bewerbung bis: 7. Oktober 2021
Arbeitszeit: Vollzeit
Entgeltgruppe: 9a TVöD-V bei abgeschlossener, einschlägiger Ausbildung; andernfalls E 6 TVöD-V
Tätigkeitsbereich: Hygiene

Was wir bieten

- tarifliches Entgelt plus Jahressonderzahlung
- Betriebliche Altersvorsorge (Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes)
- Familienfreundlichkeit (zum Beispiel durch flexible Arbeitszeit)
- umfangreiche Qualifizierungsangebote
- gesundheitsfördernde und -erhaltende Maßnahmen im Rahmen unseres Betrieblichen Gesundheitsmanagements
- Vergünstigungen im Personennahverkehr (Job-Ticket)

Diese Aufgaben erwarten Sie

- Beratung von Bürgerinnen/Bürgern und Institutionen zu Fragen der Themenbereiche Hygiene und Infektionsschutz, Bearbeitung von Beschwerden
- Aufnahme von Meldungen zu Infektionskrankheiten und Überprüfung dieser auf Plausibilität für die Übermittlung an die oberste Landesbehörde
- eigenständige Ermittlungstätigkeit bei meldepflichtigen übertragbaren Krankheiten; telefonische Beratung von Erkrankten/Kontaktpersonen/Ärzten sowie Entscheidung über und Veranlassung von notwendigen Hygienemaßnahmen
- Hygieneüberwachung nach dem Infektionsschutzgesetz durch selbstständige Überprüfung von bestimmten invasiv arbeitenden Einrichtungen

- Wertung von Sachverhalten, Entscheidung über Maßnahmen zur Verhütung von Gesundheitsgefahren und zur Mängelbeseitigung, Veranlassen von Nach- und Umgebungsuntersuchungen, Verfassen von Berichten und Stellungnahmen
- Durchführung von hygienischen Routinekontrollen in Kindertageseinrichtungen, Schulen, Horten et cetera in Bezug auf die Umsetzung von hygienischen Normen und Empfehlungen
- Zuarbeit zu Analysen, Berichten, Gutachten und Statistiken

Das bringen Sie mit

- erfolgreich abgeschlossene Ausbildung zur Fachkraft für Hygieneüberwachung, zum/zur Hygieneinspektor/-in, Gesundheitsaufseher/-in, zum/zur Fachpfleger/-in für Hygiene, zum/zur Fachgesundheits- und Krankenpfleger/-in für Hygiene und Infektionsprävention **oder vergleichbar oder**
- abgeschlossene dreijährige Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf mit der Bereitschaft zur Teilnahme an einer berufsbegleitenden Weiterbildung zur Fachkraft für Hygieneüberwachung/zum Hygienekontrolleur – **in diesem Fall erfolgt die Einstellung zunächst befristet in Entgeltgruppe 6 TVöD-V bis zum erfolgreichen Abschluss der Weiterbildung, danach ist eine unbefristete Weiterbeschäftigung in der Entgeltgruppe 9a TVöD-V vorgesehen**
- einen Nachweis über den Impfstatus zur Masernimpfung beziehungsweise die Immunität nach § 20 des Infektionsschutzgesetzes (nach Aufforderung)

Sie sollten darüber hinaus

- über Grundkenntnisse der Verwaltungsabläufe verfügen,
- Kenntnisse im Infektionsschutzgesetz und Verwaltungsrecht vorweisen können,
- selbstständig, verantwortungsbewusst und eigenverantwortlich handeln und arbeiten können,
- einen Führerschein der Klasse B besitzen (wünschenswert) sowie
- die Bereitschaft zur Absicherung eines langen Dienstes in der Woche bis 18 Uhr und gegebenenfalls von Sonderdiensten mitbringen.

Haben Sie Lust, Ihr Können und Ihre Ideen in der Landeshauptstadt Dresden einzubringen? Erfüllen Sie die Anforderungen?

Dann freuen wir uns auf Ihre Bewerbung.

Bewerben Sie sich mit Ihren vollständigen Unterlagen online über bewerberportal.dresden.de. Aus Sicherheitsgründen können nur Anhänge im PDF-Format angenommen werden.

Bis zum Abschluss des Auswahlverfahrens werden Ihre personenbezogenen Daten unter Beachtung der EU-Datenschutzgrundverordnung und des Sächsischen Datenschutzdurchführungsgesetzes in maschinenlesbarer Form im Personalmanagementsystem gespeichert und ausschließlich für den Zweck dieses Verfahrens verarbeitet und genutzt. Ihre persönlichen Daten werden vertraulich behandelt und nicht an Dritte weitergegeben. Die ausführlichen Datenschutzhinweise finden Sie unter: www.dresden.de/stellen.

